

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

### Liebe Leserinnen und Leser!

In dieser Woche stellte uns die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht vor. Er bietet eine schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen. Mit minus 5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Zwar ist seit dem zweiten Halbjahr 2009 wieder ein moderates Wachstum zu verzeichnen, ein kräftiger und selbsttragender Aufschwung ist jedoch noch nicht in Sicht. Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen. Dafür liefert der Koalitionsvertrag die Orientierung (weiter auf S. 2).

### In dieser Ausgabe

|   |        |
|---|--------|
| Jahreswirtschaftsbericht                              | ...S.2 |
| Afghanistan – Übergabe in Verantwortung               | ...S.2 |
| Erinnerung an den Holocaust wach halten               | ...S.4 |
| Gesamtwirtschaftliche Entwicklung                     | ...S.5 |
| Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz             | ...S.5 |
| Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht | ...S.6 |



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

*Ifc*

*Ingrid Fischbach*

# Jahreswirtschaftsbericht



Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten zu stärken. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Im Rahmen der geplanten Steuerreform werden wir insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten.

Parallel zu den Entlastungen werden wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem die Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien.

Die christlich-liberale Bundesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Das wird uns am besten durch einen konsequenten Wachstumskurs bei gleichzeitig engagierter Konsolidierungspolitik gelingen.

Die christlich-liberale Bundesregierung steht zu dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, Deutschland gestärkt aus der Krise zu führen. Zu diesem Zweck müssen wir die Krise überwinden und gleichzeitig die Wirtschaftskraft unseres Landes durch Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Haushaltspolitik erneuern.

## Afghanistan – Übergabe in Verantwortung

In dieser Woche fand die internationale Afghanistan-Konferenz in London statt. Die Konferenz wurde auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufen. Ziel ist es, das internationale Engagement am Hindukusch neu zu justieren. Wir erwarten wichtige Weichenstellungen für unser

strategisches Ziel „Übergabe in Verantwortung“. Dafür müssen die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft noch einmal erhöht und mit der afghanischen Regierung die Ziele für die kommenden Monate neu vereinbart werden.

**Ingrid Fischbach:** „Wir können unser Ziel nur erreichen, wenn der afghanische Staat zunehmend selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Dazu ist es notwendig, unsere Leistung bei der Ausbildung von afghanischem Sicherheitspersonal noch einmal zu erhöhen. Sicherheit muss zunehmend ein afghanisches Gesicht bekommen. Wenn aber zusätzliches deutsches Personal für die Ausbildung bereit stehen soll, ist es selbstverständlich, dass auch mehr geleistet werden muss, um sie wirksam zu schützen. Aus diesem Grund werden wir in Folge der Konferenz die Mandatsobergrenze noch einmal anheben.“

Am Mittwochnachmittag hat die Bundeskanzlerin die Position Deutschlands für die Londoner Konferenz im Bundestag dargelegt und erläutert, wie wir unseren Beitrag in Afghanistan anpassen werden.

Ebenfalls am Mittwoch war der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Er hat neben einem Treffen mit der Bundesregierung auch den Auswärtigen Ausschuss besucht. Dort hatten wir die Gelegenheit mit ihm zu beraten, wie Fortschritte bei der Sicherheitslage und der Regierungsführung zu erreichen sind. Außerdem haben wir darauf gedrängt, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel werden muss. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen ist es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hängt entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab. Es müssen daher mit dem Präsidenten konkrete



### **Wußten Sie schon,**

... dass der Spritverbrauch der Deutschen rückläufig ist? Im Jahr 2008 ist ihr Benzinverbrauch um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Ursache sind technische Verbesserungen.

Ziele vereinbart und diese in überprüfbaren Teilzielen dargestellt werden.



**Ingrid Fischbach:** „Um unsere Strategie „Übergabe in Verantwortung“ erfolgreich umsetzen zu können, ist es zudem notwendig, dass auch in der politischen Diskussion hier in Deutschland die richtigen Signale gesendet werden. Unser Einsatz darf nicht durch populistische Forderungen gefährdet werden. So ist es zwar richtig, den Beginn der Übergabe von Verantwortung anzukündigen. Auf diese Weise entsteht auch für die afghanische Seite Planbarkeit und ein gewisser Druck, zügig die eigene Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Aber auch dort, wo Afghanen die Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen, wird noch für einige Zeit Unterstützung und Nachsorge durch die internationale Staatengemeinschaft notwendig bleiben.“

In den kommenden Monaten werden wir unser Engagement in Afghanistan noch einmal verstärken. Wir tun dies mit dem klaren Ziel, die „Übergabe in Verantwortung“ einzuleiten. Wer diese Perspektive glaubhaft unterstützt, ist aufgerufen, sich mit konkreten Vorschlägen an der Diskussion zu beteiligen. Aus populistischen Gründen allein über einen Abzug zu reden und sich einer Anpassung der Mandatsobergrenze zu verschließen, ist in dieser Situation unverantwortlich.

## **Erinnerung an den Holocaust wach halten**

Die Vernichtung der europäischen Juden, die mehr als sechs Millionen Menschen das Leben kostete, ist der schlimmste Massenmord in der Geschichte. Innerhalb weniger Jahre wurde die jahrhundertalte Tradition jüdischen Lebens in Europa zerstört. Der Holocaust das dunkelste Kapitel unserer Geschichte.

**Ingrid Fischbach:** „Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich

derartiges nie wiederholen kann. Aus Anlass des 65. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 haben wir im Plenum eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.“



## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesregierung stellte das **Jahresgutachten 2009/2010 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** vor. Für das Jahr 2010 prognostiziert der Sachverständigenrat eine leichte Erholung mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent. Die deutsche Volkswirtschaft befinde sich dennoch konjunkturell nach wie vor in einem tiefen Tal.

**Ingrid Fischbach:** „Die leicht positiven Signale für das Jahr 2010 geben keinen Anlass zu euphorischen Einschätzungen. Im Finanzsektor ist es erforderlich, den Ausstieg aus den krisenbedingten Stützungsmaßnahmen durch weitreichende Reformen zu flankieren. In Europa bedarf es über die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinaus eines glaubwürdigen Konsolidierungspakts zur Sanierung der Staatsfinanzen.“



## Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz

Mit dem in erster Lesung beratenen **Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz** werden die im Koalitionsvertrag

### Spruch der Woche

*"Ohne Gewinn ist alles nichts."*

**Josef Ackermann**  
Deutsche- Bank-Chef



vereinbarten nicht steuerrechtlichen Sofortmaßnahmen umgesetzt.

**Ingrid Fischbach:** „Im Bereich der Sozialversicherungssysteme wird ein „Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ gespannt. Damit sollen die konjunkturbedingten Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aus Steuermitteln aufgefangen und so die Lohnnebenkosten stabilisiert werden.“

Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2010 der Bundeszuschuss einmalig um zusätzliche 3,9 Mrd. Euro aufgestockt. Daran werden die landwirtschaftlichen Krankenkassen mit einem Teilbetrag von rd. 23 Mio. Euro beteiligt. Zudem wird das Schonvermögen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende verdreifacht, indem die Freibeträge von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben werden.

## **Familienfreundlichkeit in Deutschland**

### **deutlich erhöht**

Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit stark verbessert.

**Ingrid Fischbach:** „Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zunehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko.“



### **... das Allerletzte!**

Der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Funke hat wegen einer Zahlung eines Wasserverbandes in Höhe von 8000 Euro für seine Silberhochzeit seine kommunalen Ämter niedergelegt und ist damit einem möglichen Parteiordnungsverfahren und einem möglichen Ausschluss zuvorgekommen.